

Offener Brief des Gesamtelternbeirates der Schulen in Albstadt als Vertreter der Eltern von etwa 3900 Schulkindern in Albstadt an Schulen des Schulträgers Albstadt und der Initiative der Gesamtelternbeiräte in Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,  
Sehr geehrte Frau Kultusministerin Dr. Eisenmann,  
Sehr geehrte Frau Ministerin Sitzmann und  
Sehr geehrter Herr Minister Lucha,

wir hoffen, Sie alle haben ruhige und besinnliche Feiertage verbracht und konnten Energie für die kommenden Entscheidungen tanken.

Auch die Eltern in Baden-Württemberg haben versucht, nach Möglichkeit besinnliche Feiertage zu verbringen. Leider begleiten die Kinder, Jugendlichen und Eltern weiterhin dringende Fragen um die zukünftige Gestaltung der Bildung und des Alltags. Deshalb wenden wir uns heute an Sie alle.

Am 28.12.2020 war der mediale Aufschrei groß, als die Presse vermeldete, dass Frau Dr. Eisenmann die Grundschulen und Kitas, unabhängig von den Infektionszahlen, öffnen möchte.

Uns Eltern sind die unterschiedlichen und auch widersprüchlichen Studien zur Infektiosität unter Kindern und Jugendlichen bekannt und bewusst. Ein großer Unterschied besteht so z.B. zwischen den Aussagen der Eltern-Kind-Covid-19-Studie im Land Baden-Württemberg, der aktuelleren Studie aus Österreich („Kinder an den Schulen spielen eine Rolle für das Corona-Infektionsgeschehen.“ Das belegt eine österreichische Studie unter Leitung des Mikrobiologen Michael Wagner/Universität Wien) und der REACT-1 Studie (REACT-1 round 7 updated report: regional heterogeneity in changes in prevalence of SARS-CoV-2 infection during the second national COVID-19 lockdown in England), in der ersichtlich wird, dass die Infektionen auch bei Kindern unter 10 Jahren deutlich gestiegen sind. Prof. Dr. Drosten/RKI vermeldet dazu: „Jetzt sind PCR-Nachweisraten im gesamten Schulalter über dem Durchschnitt der Bevölkerung, auch Grundschule. Diese Studie in UK vermeidet so gut es geht eine Unter- oder Übertestung einzelner Altersgruppen.“ [https://spiral.imperial.ac.uk/bitstream/10044/1/84879/2/REACT1\\_r7\\_FINAL\\_14.12.20.pdf](https://spiral.imperial.ac.uk/bitstream/10044/1/84879/2/REACT1_r7_FINAL_14.12.20.pdf)

Zudem gibt es einen nachgewiesenen Ausbruch an einer Hamburger Schule.

Es mag sein, dass Kinder vielleicht nicht Treiber der Pandemie sind, allerdings scheinen sie nach neueren Erhebungen das Infektionsgeschehen nicht unwesentlich zu unterhalten. Gesundheitsämter können die Nachverfolgung von Kontakten zum überwiegenden Teil nicht mehr leisten und die neueste Virus-Mutation ist bereits auf dem Weg.

Dazu kommt, dass wir aus den eigenen Erfahrungen heraus bestätigen können, dass symptomlose oder symptomarme Kinder seit langem nicht mehr umfänglich getestet werden, wenn ein Infektionsfall in der Schule auftritt. Im Idealfall wird die ganze Klasse in Quarantäne geschickt, üblicherweise wird sich aber darauf berufen, dass die Mund-Nasen-Bedeckung (MNB/Community-Maske) eine wirksame Barriere vor Infektionen ist und nur einige Kinder gehen in Quarantäne. Zudem ist der Testwillen bei Kinderärzten teilweise sehr zurückhaltend ausgeprägt.

Wir Eltern sind erschüttert, wie Warnungen und Empfehlungen des RKI scheinbar ungehört verhallen – und das nicht erst jetzt. Bildung ist auch uns Eltern wichtig, muss aber im Einklang mit der Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten stehen. Die Wissenschaft ist Fundament unserer Bildungspläne, weshalb sich alle Verantwortlichen auch der Wissenschaft verpflichtet fühlen sollten.

Deshalb fordern wir:

- Sprechen Sie mit mit einer Stimme: Es ist der Compliance der Bevölkerung abträglich, wenn Kultusministerien, Sozialministerien und Ministerpräsident\*innen in Land und Bund unterschiedlich oder konträr agieren.
- Sämtliche Informationen zum richtigen Verhalten in der Pandemie und im Infektionsfall müssen der Bevölkerung immer wieder und in einfacher, leicht verständlicher Sprache sowie in anderen Muttersprachen zur Verfügung gestellt werden. Dazu gehören auch die verbrieften Rechte der Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen nach dem IfSG. Wir erleben immer wieder, dass gerade nicht deutschsprachige Eltern in diesem Zusammenhang nicht über Lohnersatz im Rahmen des IfSG informiert sind und damit in prekäre Situationen geraten. So kam es vor, dass Eltern mit Kindern im Grundschulalter ihrer Fürsorge und Aufsicht im Quarantänefall Ihres Kindes nicht nachkommen konnten, da sie die Informationen dazu nicht vorliegen hatten oder diese nicht verstehen bzw. übersetzen konnten, was teilweise bewusst von Arbeitgeber\*innen ausgenutzt oder unbewusst nicht kommuniziert wurde. Hier besteht u.U. die Gefahr, dass Eltern der Quarantäne entweder nicht nachkommen oder Grundschüler\*innen sich selbst überlassen bleiben. Wir bitten darum, die dafür zuständigen Stellen entsprechend anzuweisen. Die Eindämmung der Pandemie hängt sehr vom Verstehen aller ab.
- Planen Sie vorausschauend, kommunizieren Sie frühzeitig und binden Sie sämtliche am Schulleben Beteiligten in Planungen und Kommunikation mit ein.
- Nehmen Sie die Wissenschaft, hier insbesondere das RKI, ernst und handeln Sie nach dessen Empfehlungen. Kinder und Lehrkräfte dürfen sich nicht erst anstecken oder die Infektion in die Familien tragen. Der Unterricht muss den örtlichen Inzidenzen angepasst und mit regelmäßigen Tests begleitet werden.
- Präventives Handeln: Laut RKI und sämtlichen Arbeitsschutzbeauftragten stellen MNB/Community-Masken keinen Eigenschutz, sondern lediglich einen Fremdschutz dar. Passen Sie die Quarantäne-Anweisungen entsprechend an.
- Sichere Konzepte auch für die Grundschulen: Die Lehrkräfte benötigen auch hier umgehend den Schutz durch FFP2-Masken. Es ist nicht vertretbar, diese Berufsgruppe weiterhin von einem umfassenden Schutz auszuschließen.
- Sorgen Sie für weiterhin kontinuierliche Qualitätskontrollen für sämtliche Schutzmasken. In keinem Bereich dürfen minderwertige Masken verteilt werden. An dieser Stelle bedanken wir uns für die Initiative von Frau Dr. Eisenmann, für die aktuellen Sachverhalte dazu Aufklärung zu fordern.
- Maskenpflicht im Unterricht auch in den Grundschulen nach Empfehlung des RKI bei entsprechender Inzidenz.
- Konsequenterer Kohortierung bezüglich Unterricht und Betreuung: Klassen, die vormittags getrennt sind, dürfen nachmittags nicht neu gemischt werden.
- Bei infrastrukturellen Mängeln an den Schulen muss die Landesregierung sofort die Schulträger bei der Beseitigung der Mängel personell und finanziell unterstützen. Auch sollten die Schulen einen unbürokratischen IT-Support erhalten. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Einbrüche in den kommunalen Haushalten dürfen Kommunen nicht allein gelassen werden. Wir wollen auch für die kommenden Jahre diesen Punkt ansprechen, der neben der Bildungsgerechtigkeit auch eine Generationengerechtigkeit beinhaltet. Aufgrund der Pandemie und den damit einhergehenden steuerlichen Mindereinnahmen sehen sich viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg aktuell und künftig gezwungen, in den zu planenden Haushalten Einsparungen durchzuführen. Sei es durch Reduktion der laufenden Kosten oder die Absage bzw. das Hinauszögern von einzelnen Projekten. Dies betrifft selbstverständlich auch die Schulen, deren Träger die Kommunen sind. Wie die Pandemie leider gezeigt hat, bestehen hier bereits eklatante Mängel,

die jetzt durch die nun nötigen Einsparungen nicht in behoben werden können. Aus diesem Grund bitten wir Sie als Kultusministerin, sich gemeinsam mit dem Ministerium für Finanzen im Landtag für eine bessere, höhere und unbürokratischere Förderung der Kommunen für die Bildungseinrichtungen einzusetzen. Die entstandenen Mängel werden die Bildungschancen und die Bildungsgerechtigkeit leider noch viele Jahre stark belasten und somit auch dem guten Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg schaden.

- Schülerinnen und Schüler, die zu Hause nicht auf eine digitale Infrastruktur zurückgreifen können, benötigen neben den Endgeräten auch mobile Datenpakete, was bereits seit Monaten diskutiert wird. Da die Schere der Bildungsgerechtigkeit immer weiter auseinander geht, ist hier dringender Handlungsbedarf.
- Digitale Endgeräte müssen in den Katalog der Mittel, welche unter die Lernmittelfreiheit fallen, mit aufgenommen werden, um gleiche Chancen für alle zu ermöglichen.
- Viele Schulleitungen und unzählige Lehrkräfte haben sich in den vergangenen Monaten unterschiedlichste Konzepte für Fernlernunterricht, Wechselunterricht oder hybriden Unterricht gemacht. Diese Konzepte wurden unter den Kriterien des verbindlichen Leitfadens zum Qualitativen Fernunterricht erstellt, untereinander ausgetauscht und den örtlichen Gegebenheiten angepasst. Durch die, von Ihnen gewählte, Form der Schulschließung vor den Feiertagen konnten diese Konzepte nun nicht erprobt werden. Wie man an anderen Bundesländern gesehen hat, lief nicht alles problemlos. Diese Mängel können dort nun bis zum 11. Januar behoben werden, was für Baden-Württemberg allerdings noch aussteht. Von der Landesregierung sollten entsprechende Rahmenbedingungen vorgegeben werden.
- Wo es die örtlichen Gegebenheiten und die Inzidenz verantwortungsvoll zulassen, kann auch in Präsenz unterrichtet werden, wobei auch hier insbesondere der Wechselunterricht sowie der hybride Unterricht eingesetzt werden sollte. Es ist gerade in Städten mit Hochschulen und Universitäten nicht verständlich, warum diese Gebäude, die über eine digitale Infrastruktur verfügen, nicht genutzt werden können, um die Lage im schulischen Bereich zu verbessern.
- Gerade in Hinsicht auf die Studien zur Kindeswohlgefährdung der Technischen Universität München vom Juni 2020 sollte, wo möglich und nötig, durch teilweisen Präsenzunterricht und Notbetreuung die familiäre Belastung entzerrt werden. Nach unserer Ansicht würde sich hierfür am besten ein hybrider Unterricht anbieten.
- Sollten die Gegebenheiten der Pandemie irgendwelche Öffnungen ermöglichen, erwarten wir selbstverständlich, dass prioritär über Kindergärten und Schulen diskutiert wird und andere Bereiche erst im Nachgang geöffnet werden.
- Die Überarbeitung des aktuellen Bildungsplanes muss zeitnah angedacht und umgesetzt werden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Abschlussklassen, den Grundschulempfehlungen und sämtlichen Lernstandserhebungen inklusive Prüfungsanforderungen. Langfristig muss ein neues Bildungskonzept erarbeitet werden.
- Wir regen an, Notengebung und Notenpflicht zu überdenken. Notengebung durch reine Wissensstandmessung ist problematisch, wenn zeitweise – tage- bis wochenlang – der Präsenzunterricht nicht besucht werden kann. Klassenarbeiten können reduziert werden, ein Großteil der Noten können aus allen Eindrücken, welche SuS hinterlassen, gebildet werden. Wertschätzende Lernstandserhebungen fördern zudem die Motivation und schaffen ein klareres Bild. Es gibt dafür mannigfaltige Beispiele auch aus Schulversuchen, deren Erfahrung genutzt werden können.
- Der Zugang zu Bildung und Teilhabe (BuT) muss barrierefreier gestaltet werden. Bei Anspruch auf BuT muss ein Automatismus einsetzen, welcher sämtliche Unterstützung sofort in die Wege leitet. Das gilt insbesondere auch für rückwirkende Ansprüche durch Verzögerungen in der Antragsbearbeitung.

Die Kinder sind unsere Zukunft und unsere Fachkräfte von morgen – damit Garanten für Innovation, Wohlstand und ökologische Verantwortungsübernahme. Gut gebildete Schüler\*innen sind ein wichtiges Fundament für unsere Demokratie. Bildung bedarf höchster Priorität auf allen Ebenen. Auch die Demographie in Deutschland mahnt zur Dringlichkeit.

Wir bitten Sie inständig um schnelle, wissenschaftsbasierte und zukunftsorientierte Lösungen! Lassen Sie uns diese, uns alle betreffende Krise als Chance nutzen, unsere Schulen im Land endlich zukunftsfähig und innovativ zu gestalten.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen allen einen guten und gesunden Start ins neue Jahr und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen

Manja Reinholdt und Peter Greim - Gesamtelternbeirat der Stuttgarter Schulen  
Raban Kluger, Bettina Knapp und Anja Gössel - Gesamtelternbeirat der Freiburger Schulen  
Jürgen Langenkämper - Gesamtelternbeirat der Schulen in Albstadt  
Érika Macan - GEB Ludwigsburg  
Sarah Kinzebach - Elterninitiative aus Mannheim "Jetzt an unsere Kinder denken"  
Thorsten Papendick - Gesamtelternbeirat der Stadt Mannheim  
Jörg Rupp, Gesamtelternbeirat der Stadt Karlsruhe  
Christine Marrek, Sino Boekmann - Gesamtelternbeirat der Lahrer Schulen  
Seher Conzen, Michael Scherf und Janina Rabold - Gesamtelternbeirat der Ettlinger Schulen  
Claudia Sperrfechter - Gesamtelternbeirat der Schulen in Weinsberg  
Christoph Eberlein - GEB Heilbronn